

## Die Forderungen der Deutschen Mährens.

Wien, 19. September.

Nun ist auch in Mähren ein Treubund der Deutschen aufgerichtet worden. Die Einmütigkeit, die sich auf dem Vertrauensmännertag in Brünn gezeigt hat, kam erfreulicherweise nicht nur in Reden zum Ausdruck, sondern auch in dem Beschlusse, aus den Reichsrats- und Landtagsabgeordneten, den Herrenhausmitgliedern aus Mähren und den Vertretern des verfassungstreuen Großgrundbesitzes eine Vereinigung zu bilden, um die deutschen Interessen in diesem Kronlande energisch zu wahren. Mähren folgt damit dem Beispiele Böhmens, wo der enge Zusammenschluß von Abgeordneten und Herrenhausmitgliedern schon während der letzten Reichsratsstagung erfolgte. Es ist die Maßlosigkeit der tschechischen Ansprüche, die diese Verbindung zu entschiedener Abwehr veranlaßt. Die Deutschfreihheitlichen Mährens selbst zerfallen in nicht weniger als fünf Gruppen. Aber ob die Sprecher nun der Fortschrittspartei, der Volkspartei, der Agrarpartei, der deutschradikalen Partei oder der Arbeiterpartei angehörten — aus allen ihren Reden sprach der feste Wille, dem Ansturm der slawischen Parteien gegen das einheitliche Staatsgefüge unbeugbaren Widerstand entgegenzusetzen, und die Vertreter des verfassungstreuen Großgrundbesitzes und der deutschmährischen Herrenhausmitglieder sagten ihre rückhaltlose Unterstützung zu. Die deutschen Sozialdemokraten der Sudetenländer haben gleichzeitig in einer besonderen Beratung ausgesprochen, daß sie die Forderung nach einem tschechoslawischen Nationalstaat und die Loslösung von den anderen Deutschösterreichern entschiedenst verwerfen. So ist wenigstens für Böhmen, Mähren und Schlesien und wenigstens für eine Frage die deutsche Gemeinbürgerschaft in einem Umfange aufgestellt, wie sie bisher noch nicht erreicht wurde. An der Phalanx der Deutschen in den Sudetenländern muß der tschechische Hochmut zerbrechen. Wenn diese dreieinhalb Millionen einmütig erklären, daß sie sich niemals unter das Joch eines tschechischen Staates beugen werden, dann müssen die Tschechen erkennen, daß sie sich auf ein Kampffeld begeben haben, auf dem ihnen jeder Erfolg versagt bleiben muß. Die Tschechen wollen nicht nur den Einheitsstaat zerbrechen, ihr Ziel ist auch die Zerreißung der Deutschen. Aber diese werden sich aus dem Zusammenhange mit den übrigen Volksgenossen in Oesterreich nicht verdrängen lassen. Unmittelbar vor dem Wiederzusammentritt des Reichsrates sind die Kundgebungen der Deutschen Mährens doppelt wertvoll. Sie sind eine Mahnung an Slawen und Regierung, die daran erinnert werden, daß die Deutschen in diesem Staate ihre Lebensbedingungen nicht antasten lassen.

### Die Entschliessungen des deutschmährischen Vertrauensmännertages.

Die von dem Brünnner Vertrauensmännertag der deutschfreihheitlichen Parteien Mährens einstimmig angenommenen Entschliessungen haben folgenden Wortlaut:

„Im vollen Einvernehmen mit den deutschmährischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten sowie mit den deutschmährischen Herrenhausmitgliedern erklärt sich die aus dem ganzen Lande Mährens bestehende, am 16. September 1917 in Brünn tagende deutschmährische Vertrauensmännerversammlung solidarisch mit der feierlichen Kundgebung Deutschböhmens vom 16. Juli 1917, insbesondere mit der hierbei zum Ausdruck gebrachten entschiedensten Zurückweisung der staatsrechtlichen, die Staatseinheit Oesterreichs schroff verneinenden Erklärungen der Slawen und ihrer darauf gegründeten staatsfeindlichen Bestrebungen. Auch die vollberechtigte Verurteilung, welche bei diesem Anlasse unsere Volksgenossen in Böhmen der schwächlichen und nicht zu rechtfertigenden Haltung der Regierung in den Fragen des von ihr zu verantwortenden Amnestieerlasses und seiner vorüberlichen und gefährlichen Folgeerscheinungen zuteil werden ließen, findet in Deutschmähren lauten Widerhall und ungeteilte Zustimmung. Wir verwahren uns feierlich gegen die Gründung eines tschechisch-slawischen Staates. Niemals werden wir uns unter das Joch eines wie immer gearteten tschechischen staatlichen Gebildes beugen, niemals aus dem engen Zusammenhange mit den übrigen Volksgenossen in Oesterreich verdrängen lassen.“

Dem in der Thronrede angekündigten Verjuge, Verfassung und Verwaltung in Oesterreich wie in den einzelnen Königreichen und Ländern neu zu ordnen, werden wir unsere Mitwirkung nicht versagen, sofern durch eine solche Neuordnung das einheitliche Gefüge des Staates gestärkt wird und die Rechte des deutschen Volkes in Oesterreich nicht gefährdet werden.

Die Segnungen eines friedlichen Einvernehmens der das Land Mähren bewohnenden Volksstämme für ihre nationale, politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung würdigend, haben die Deutschen Mährens den Vereinbarungen hinsichtlich einer wesentlichen Einengung des nationalen Kampfgebietes und einer Milderung bestehender Reibungsflächen unter empfindlichen Opfern im Jahre 1900 zugestimmt.

Die zur Erreichung dieses Zieles getroffenen, auf das für Mähren durchaus bewährte Personalitätsprinzip gegründeten gesetzlichen Bestimmungen tragen der Eigenart der mährischen Siedlungsverhältnisse, welche die Anwendung des Territorialprinzips für die praktische Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ausschließen, entsprechend Rechnung. Die gleichen Gesichtspunkte müssen daher auch für unser Kronland bei einem Ausbau dieses nationalen Selbstbestimmungsrechtes zur Richtschnur dienen.

Da die Staatseinheit zweifellos eine Lebensbedingung für den Bestand Oesterreichs bildet und auch nur unter ihrem Schutze die Zukunft Deutschmährens geborgen erscheint, können wir nur einer solchen Neuordnung zustimmen, welche die Kompetenzen des Einheitsstaates nicht abtrübelt.

Die Inangriffnahme und Durchführung eines solchen schwierigen Werkes, muß grundsätzlich dem Zusammenwirken der hierzu berufenen innerpolitischen Faktoren vorbehalten werden. Mit Enttäuschung weisen wir daher jede Einmischung der Feinde in unsere innerstaatlichen Verhältnisse zurück und geben der berechtigten Empörung über die für unser Vaterland

tiefe beschämende Tatsache Ausdruck, daß selbst Angehörige unseres Staates nicht davor zurückschrecken, die Erfüllung ihrer an die Neuordnung der Verfassung geknüpften Hoffnungen von den Friedensverhandlungen und damit von dem wesentlich mitbestimmenden Einflusse unserer Feinde zu erwarten.

Den unabwiesbaren Forderungen der Gegenwart voll auf Rechnung tragend, erwarten wir von unseren Abgeordneten und den deutschmährischen Herrenhausmitgliedern, daß sie zielbewußt und mit aller Kraft im Parlament und außerhalb desselben für die Volksnotwendigkeiten eintreten werden.

Da die staatliche Bewirtschaftung der Lebensmittel und unentbehrlichen Bedarfsartikel vielfach verfaßt, fordern wir eine zielbewußte Aufbringung und eine gleichmäßige gerechte Verteilung der Lebensmittel.

Der Schutz des legitimen Handels, gleichzeitig aber auch die Hintanhaltung der Bewucherung der Bevölkerung in bezug auf Ernährung und Dedung der unerläßlichen Bedarfsgegenstände, die materielle Obforge für Kriegsbeschädigte, für Witwen und Waisen im Kriege Gefallener gehören zu den unaufschiebbarsten und verantwortlichsten Aufgaben der Volksvertretung. Wir erwarten aber auch von ihr eine unausgesetzte und entschiedene Förderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der produzierenden Stände, ihrer Hilfskräfte und der Arbeiterschaft.

Denn nur hieburch können die durch den Krieg hervorgerufenen ungeheuren Schäden aller Art beseitigt oder doch erheblich gemildert und die Steuerkraft der Bevölkerung, an welche unvermeidlich die höchsten Anforderungen gestellt werden müssen, gehoben werden.

Mit aller Entschiedenheit fordern wir zum Schutze des Mittelstandes, dieses mächtigen Traggeliebers des Staates, entsprechend den Zusicherungen der Thronrede rasche und wirksame Maßregeln. Die Festbefehle, deren definitive Gehaltsregelung keinen Aufschub mehr verträgt, die Kleingewerbetreibenden vermögen mit der ungeheuren Teuerung und dem fortgesetzten Sinken des Geldwertes nicht mehr Schritt zu halten. Alle diese Berufsstände gehen unrettbar der vollen Verelendung entgegen, wenn nicht schleunige und ausgiebige Hilfe geschaffen wird.

In festgesetzter Einheit zur schärfsten und unbeugsamsten Abwehr der unserem Volke und dem Bestande des Staates verderblichen Pläne unserer nationalen Gegner fest entschlossen, begrüßen wir mit lebhafter Befriedigung das einmütige Bekenntnis der heutigen Vertrauensmännerversammlung zu den gleichen Zielen und hiemit zum engen Zusammenschlusse aller volks-, kaiser- und staatsstreuen Faktoren Deutschmährens.“

Diese Entschliessungen wurden einmütig angenommen, ebenso nachstehende, vom Abgeordneten Dr. Carolin beantragte:

„Die heutige Vertrauensmännerversammlung spricht ihre Ueberzeugung aus, daß in Anbetracht der bestehenden ungeheuren Teuerungsverhältnisse und der Notlage des Lehrpersonals an den öffentlichen Volks- und Bürger Schulen in Mähren die Gewährung von Teuerungszulagen in der gleichen Höhe, wie sie den Staatsbeamten der entsprechenden Rangklassen zuerkannt wurden, ein Gebot der Gerechtigkeit ist, und empfiehlt diese unaufschiebbare Maßregel wärmstens der Landesverwaltung zur schleunigsten Durchführung.“

Die letzte, vom Landesauschüßbeisitzer Dr. Freißler beantragte Entschliessung fordert eine Vereinigung der deutschen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten, Herrenhausmitglieder und Vertreter des verfassungstreuen Großgrundbesitzes Mährens: Die Vertrauensmännerversammlung der deutschfreihheitlichen bürgerlichen Parteien Mährens vom 16. September 1917 fordert die deutschen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Mährens auf, im Vereine mit den deutschen Mitgliedern des Herrenhauses und den Vertretern des verfassungstreuen Großgrundbesitzes im mährischen Landtage eine Vereinigung zu bilden zu dem Zwecke, um die Interessen der Deutschen Mährens in der Reichs- und Landesvertretung auf das energischste zu wahren, den im Jahre 1905 abgeschlossenen Ausgleich zwischen den beiden Nationalitäten Mährens im Sinne der völkischen Selbstverwaltung und des nationalen Schutzes auszubauen und durch geeignete Maßnahmen und gesetzliche Einrichtungen vor jeder Vergewaltigung zu schützen. Diese Vereinigung der Vertreter des deutschen Volkes in Mähren hat durch eine entsprechende Organisation auch Vorfrage zu treffen, daß die zur Erreichung des angeführten Zieles notwendigen gesetzlichen Vorlagen auf allen Verfassungs- und Verwaltungsgebieten unverzüglich vorbereitet werden. Die Vertrauensmännerversammlung erwartet, daß die Konstituierung der verlangten Abgeordnetenvereinigung und die Feststellung des Organisationsstatuts für die gesetzgeberischen Vorarbeiten noch im Laufe des Monats September erfolgt.“